Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Numm. 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerhalb: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Nacht-Telegramme.

Berlin, 19. Juni. Die Uebereinstimmung unter den Konferenzbevollmächtigten dauert fort, so daß die Erledigung der Konferenzarbeiten in 8 bis 10 Tagen gewärtigt werden. Nächste Sitzung Montag.

Griechenland. Die Regierung beschloß die Reserven einzuberufen, um eine bereite Armee von 38,000 Mann zu bilden.

Frankreich. In der Kammer brachte Freycinet den vollen Amnestieerlaß ein. Die Motiven hierzu weisen auf die umfassenden Bewegungen im Lande seit Februar hin. Die Amnestie könne Angesichts der Landesruhe und siegreichen Gesetzlichkeit bei den Lyoner Wahlen ohne Gefahr erlassen werden. Die Zurückberufenen würden in der Nähe minder gefährlich als in der Ferne wirken. Die Regierung werde niemals mit den von der Moral verurtheilten Grundsätzen paktiren und appellire nicht an das Recht, sondern an die Gnade. Die Zustimmung der Kammer lege sich ernste Pflichten auf, lasse aber die Autorität ungeschmälert. Die Regierung schlage eine allgemeine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen von 1870—71, sowie die Amnestie für politische Verbrechen und Preßvergehen von 1871 bis heute vor. Die Dringlichkeit der Vorlage wurde von der Kammer beifällig genehmigt und die Vorlage selbst den Bureaus überwiesen.

Das Bankgeschäft von **Koppel & Co.** befindet sich Schloss-Strasse 19, Ecke der Sporergasse.

Medaillen zur Erinnerung an die Fahnenweihe des Deutschen Kriegervereins empfiehlt sehr schön à Stück 30 Pf. **Carl Horn**, Frauenstrasse 12. Colporteure erhalten Rabatt.

Nr. 172. Witterung vom 19. Juni: Barometer nach Meter Stand. Wasser. 19 (Abds. 7 Uhr) 767 Mill., fällt gestern 5 Millim. gefallen. Thermometerstr. n. Reaum.: 19° W., niedr. Temp. 10° W., höchste 20° W. Vorherrschend. Westwind. Witterung.

Aussichten für den 20. Juni: Zeitweise noch heiter, warm, stellenweise Gewitter, spätere Trübung, Gewitter sehr wahrscheinlich.

Sonntag, 20. Juni.

Politisches.

Im Plenum des preußischen Abgeordnetenhauses scheinen sich die Vorgänge des 21er Ausschusses photographisch treu wiederholen zu sollen. Hier wie dort wurde der das Prinzip des Gesetzes (die Ertheilung einer unbeschränkten Vollmacht an die Regierung: Landesgesetze anzuwenden, unausgeführt zu lassen oder abzuändern) enthaltende § 1 schließlich abgelehnt, nachdem seine einzelnen Abschnitte theils angenommen, theils abgelehnt worden waren. Es wäre unnütz, unseren Lesern durch das Gestrüpp dieser sich widersprechenden, gräulich in einander verfitzten Einzelabstimmungen einen Weg bahnen zu wollen. Es genüge zu wissen, daß sich die Mehrheit in jedem einzelnen Falle anders zusammensetzte; einen leitenden, großen Gedanken sucht man vergebens, das Schlußergebniß ist — die reine, vollständige Verneinung. Alle Parteien, die des Fortschrittes ausgenommen, spielen eben mit verdeckten Karten und ihre letzte Karte hat keine einzige, auch nicht die Regierung, bisher gezeigt. Der Redner des Centrums, Reichensperger-Olpe, verschaffte trotz der scharfen Worte, die er gegen die Regierung richtete, doch keine Klarheit, ob das Centrum zuletzt das Gesetz verwerfen würde. Die Nationalliberalen, soweit sie Dr. Gneist folgen, sprachen nicht bestimmt aus, ob sie nicht doch noch zuletzt für die Vorlage stimmen werden. Die Konservativen gingen zwar tüchtig ins Zeug dafür, aber wie weit sie sich dem Centrum nähern, ließen sie doch im Dunkeln. Ihr Redner, v. Kröcher, gab der wenig würdigen Haltung der Konservativen in seiner Offenherzigkeit einen geradezu classischen Ausdruck: „Wir kommen dem Centrum soweit entgegen, als es die Regierung zuläßt." Ist es nicht ein Jammer, daß eine ganze große Partei, mit Hurrah gleichsam, auf ihre Selbstständigkeit verzichtet? wie man hier aus der Schule schwatzt. Und das nennt sich konservativ! Das ist in Wahrheit gouvernemental und servil. Letzteres umsomehr, als Niemand weiß, wohin denn eigentlich der Wille in der Regierung neigt? Der Kultusminister v. Puttkamer bezeichnet den Bischofparagraphen als den unerläßlichen Kern- und Mittelpunkt des ganzen Gesetzes, Fürst Bismarck erklärt, auch ohne ihn auskommen zu können. Was ist nun der Regierungswille? Ach, wenn doch die Nationalliberalen wenigstens wüßten, wie Fürst Bismarck es aufnimmt, wenn sie das Gesetz zum Scheitern bringen. Ein Mißtrauensvotum, verkünden sie feierlich, soll gegen den Fürsten Bismarck nicht darin liegen, wenn sie die Vorlage verwerfen; höchstens könnte der Kultusminister v. Puttkamer ein solches darin finden. Dieser aber ist ihnen nicht an's Herz gewachsen, ebensowenig dem Fürsten Bismarck. So lassen die Nationalliberalen, die das Gras wachsen hören, denn bereits merken: im Stillen freut sich Fürst Bismarck, wenn er auf diese Weise den in seiner Selbstständigkeit ihm etwas unbequemen Puttkamer los wird. Für diese Superklugheit wäre also das Verwerfen eines Gesetzes, das Puttkamer gar nicht ohne die Genehmigung des Ministerpräsidenten von Bismarck hätte einbringen dürfen, für letzteren nicht ein Miß-, sondern das tadelloseste Vertrauensvotum. Alles dies erwähnen wir hier nur zur Charakterisirung der gräulichen, des ernsten Gegenstandes ganz unwürdigen Zerfahrenheit, die noch jetzt in Berlin herrscht. Trotz der Ablehnung des § 1 wird die Berathung fortgesetzt; zur Abkühlung der heißen Junitemperatur dienen mächtige Eiskübel, die rings um die Galerien des Abgeordnetenhauses gesetzt sind. Der breite Eisgürtel, der auf diese Weise um die Volksvertretung gezogen ist, scheidet sie aber auch von dem Volke selbst. Dieses begreift die Intriguen und Durchstechereien der Parteien in solchen Gewissens- und Verfassungsfragen nicht. Alle Abstimmungen erfolgen in der 2. Lesung blos nach taktischen Gesichtspunkten, sie sind nicht definitiv; erst zwischen der 2. und 3. Lesung erfolgt die Abmachung. Das ganze Spiel ist widerlich.

Das Centrum richtet sich übrigens darauf ein, daß es nach dem Scheitern der Vorlage in seiner früheren Oppositionsrolle fortfahren kann. Es interpellirt die Regierung an zwei ihrer empfindlichsten Punkte. Der Abg. v. Hüne verlangt, unwirrsch über das Zögern, Rechenschaft darüber, warum die Regierung immer noch keine Anstalten zu den Eisenbahnbauten und anderen öffentlichen Arbeiten trifft, um den Nothstand Oberschlesiens zu beenden? Auf die Verwaltung unseres Nachbarstaates wirft das Zaudern, das Vorübergehenlassen der zum Bau guten Jahreszeit kein günstiges Licht. Sollen sich Hungersnoth und Epidemien im nächsten Winter wiederholen? Warum verbaut die Regierung nicht die ihr dazu bewilligten Mittel und schafft der Bevölkerung Arbeit und Brod? Dieses letztere ist ohnehin theuer genug geworden; v. Schorlemer-Alst läßt in seiner zweiten Interpellation durchblicken, daß die Kornzölle künstlich mit die jetzigen hohen Roggenpreise bewirkt haben. Hierin liegt gewiß etwas Wahres. Die Einführung des Kornzolles hat die Getreidehändler abgehalten, ihre Lagerbestände so zu füllen, daß sie bis zur nächsten Ernte reichten. Sie müssen jetzt dem Auslande höhere Preise für Roggen zahlen, als sie es ohne den Zoll zu thun brauchten.

Der Großherzog von Hessen weilt augenblicklich in Wien und erfreut sich dort ungewöhnlicher Auszeichnungen seitens der kaiserlichen Familie. Es heißt, er gehe auf Freiersfüßen. Seit $1\frac{1}{2}$ Jahren verwittwet (er war mit der englischen Prinzessin Alice vermählt), wünschte er ursprünglich mit deren jüngeren Schwester einen neuen Ehebund zu schließen. Aber die Königin Victoria gab dazu ihre Einwilligung nicht, da ein noch nicht aufgehobenes sehr thörichtes englisches Gesetz es verbietet, daß ein Wittwer die Schwester seiner verstorbenen Frau heirathet. Jetzt freit der 43jährige Großherzog Ludwig um die Prinzessin Isabella von Asturien, die Schwester des Königs von Spanien und Wittwe des Grafen Girgenti, eines Bourbonen aus der neapolitanischen Linie, die also mit der Kaiserin von Oesterreich nahe verschwägert ist. Gegen die Ehe des protestantischen Wittwers mit der 29jährigen katholischen Wittwe scheint nur Das zu sprechen, daß noch nie eine spanische Prinzessin den Glauben wechselte oder eine gemischte Ehe einging. Seitdem aber die Welt sah, daß die dänische Prinzessin Dagmar, um den ältesten Sohn des Zaren zu heirathen, zur griechischen Kirche übertrat, nach dem Tode ihres Bräutigams wieder lutherisch wurde; dann ein zweites Mal die Braut eines russischen Thronfolgers geworden, abermals den griechisch-katholischen Glauben annahm, seitdem wurde man gegen solche Ueberraschungen bei fürstlichen Heirathen etwas abgestumpft.

Von der Griechenconferenz dringt ein gutes Wortspiel an die Oeffentlichkeit. An derselben dürfen bekanntlich die streitenden Theile selbst: die Türkei und Griechenland, nicht theilnehmen. Sie werden sogar von den offiziellen Galadiners ausgeschlossen. Das hindert natürlich nicht, daß ihre Gesandten die Conferenzdiplomaten unter der Hand kräftig bearbeiten. Als der englische Gesandte zum Diner des Fürsten Bismarck ging, rief ihm der griechische Gesandte, Rhangabe, beim Einsteigen in den Wagen nach: er solle ihm vom Bismarck'schen Tische ein tüchtiges Stücke turkey mitbringen. Turkey heißt im Englischen sowohl Truthahn als Türkei. Das Wortspiel charakterisirt die Lage. Griechenland verlangt eine gute Portion türkischen Truthahns, je größer, um desto besser. Die militärisch-geographischen Beiräthe der Conferenz düfteln eine Linie aus, die den ethnographischen Gesichtspunkten entspricht. Man will die Grenze so ziehen, daß die Theile von Epirus und Thessalien, wo das albanesische Element überwiegt, den Türken verbleiben; die, wo das griechische, an Griechenland fallen. Sie soll ferner so laufen, daß sie nicht offen, sondern gegen Räubereinfälle strategisch gesichert sei. Das wird sich schwer vereinigen lassen. Die Griechen nehmen aber die Sache leicht. Auf ein Bischen Knallen von Gewehren legen sie nicht viel Werth; die Bevölkerung erwarte mit Ungeduld, versichert Rhangabes, die Abgabe einer Erklärung Europas, dann würde sie schon von selbst das Türkenjoch abschütteln. Die modernen Griechen haben von ihren Vorfahren, den alten Hellenen, offenbar das Renommiren geerbt. Die Conferenz beschränkt sich darauf, ein Rechtsgutachten abzugeben und moralisch einen Druck auf die Türkei zu üben. Die Slaven sind im Norden, die Griechen im Süden die einzig möglichen Erben der Türkei. Mögen nun letztere auf Grund des Congreßausspruchs handeln, d. h. den Türken die begehrten Gebiete selbst entreißen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 19. Juni. Der Kaiser ernannte den Unterstaatssekretär Scholz zum Staatssekretär des Reichsschatzamtes und beauftragte den Staatssekretär v. Schelling mit der Stellvertretung des Reichskanzlers im Justizbereiche.

Berlin, 19. Juni. Das Abg.-Haus setzte die Berathung des Kirchendiktaturgesetzes fort. § 2 will das Rechtsmittel der Beschwerde gegen die Disziplinargewalt der oberen Geistlichen, welches jetzt der einzelne katholische Priester hatte, lediglich dem Oberpräsidenten geben. v. Hammerstein (cons.) dafür, weil der Staat den von einer Strafe betroffenen Kleriker schützen müsse, daß er nicht ohne seine freiwillige Einwilligung eine Freiheitsstrafe von seinem Bischof zu erdulden brauche. Klotz (Fortschr.), weist nach, daß die Regierung mit der ganzen Vorlage auf einem grundfalschen Wege sei und nur der Willkür in der Gesetzesanwendung Thor und Thür öffne. Dies bestreitet der Geh. Rath Dr. Hübel: In Europa sei kein Staat, wo das Beschwerderecht an die Staatsgewalt so strenge Formen habe wie in Preußen. Da leitet ein Zusammenstoß zwischen Staat und Kirche bei unbeschränktem Beschwerderechte des katholischen Geistlichen gegen Entscheidungen seiner Oberen möglich sei, beseitige die Regierung einen Punkt des Anstoßes, wenn sie das Recht zur Beschwerde dem einzelnen unteren Geistlichen nehme und einzig dem Oberpräsidenten gebe. v. Zedlitz (freikons.) gegen die Vorlage. Es sei immer ein großer Fehler des preußischen Staates gewesen, daß er die unteren Geistlichen nicht genug gegen die Willkür ihrer Oberen geschützt habe. (Großer Lärm.) v. Recker (kons.) entgegnete, wer katholischer Geistlicher werden wolle, müsse sich vorher darüber orientiren, welchen Maßregeln er sich dadurch aussetze. Das sei gerade wie beim Militär; wer Offizier werden wolle, müsse sich auch der Disziplin unterwerfen. Redner ergeht sich nun, von schallendem Gelächter unterbrochen, über die Familienverhältnisse der Maigesetze, die er bald ein ungerathenes, bald ein todtgeborenes Kind nennt und als deren Mutter er Puttkamer bezeichnet, da sich dieser für Festhaltung derselben ausgesprochen. Dr. Windthorst: Die Regierung habe die Frage, ob sie nach Annahme des Gesetzes an eine organische Revision der Maigesetze herantreten wolle, unbeantwortet gelassen. Diese Frage habe übrigens schon Jacobius gestellt. Sie biete das anscheinend Bessere, um das Schlechte zu conserviren. Er bedauere die Ablehnung des § 1, die in Folge einer Kriegslist (Abstimmungsmodus) des Abg. Richter erfolgt sei. Für § 2 könne das Centrum nicht stimmen. Keine christliche Kirche könne sich einer solchen Bestimmung, wie der des § 2, unterwerfen; dieselbe führe zur Staatskirche, zu russischen Zuständen. Die Geistlichen, insbesondere die, welche etwas auf dem Kerbholze haben, werden sich leicht daran gewöhnen, in dem Oberpräsidenten ihre Oberbehörde zu erblicken, ja auch in dem Bürgermeister und der Frau Bürgermeisterin, denn der Herr Bürgermeister könne ja günstigen Bericht an den Oberpräsidenten erstatten. Welche Garantie werde denn gegen Mißbrauch der Staatsgewalt gegeben? Würde wohl ein Höchstkommandirender damit einverstanden sein, wenn seine Generale gegen seine Anordnungen beim Handelsgericht Rekurs einlegten? Es sei den Geistlichen ja leicht, sich von der Disziplin loszumachen; sie gingen einfach aus Gericht und erklärten, sie wollten aufhören, Katholik zu sein — das koste nur 5 Silbergroschen. Redner schloß mit einem Hieb auf die Protestanten-Vereine. Kultus-Minister Puttkamer nahm seinen Regierungs-Commissar gegen den Abg. Dr. Windthorst väterlich in Schutz. v. Cuny (nat.-lib.): Die Conservativen hätten zu seiner Verwunderung dem militärischen Beispiel des Frh. v. d. Recker zugestimmt. Vergesse man denn ganz, daß das Militär unter Staatsgewalt stehe? Er wolle gerade angesichts der jetzigen Verketzerungen auch den protestantischen Geistlichen ihren rechtlichen Schutz beibehalten wissen. Auch die linke Seite des Hauses stimme gegen § 2. v. Heydebrand, dem Windthorst anfangs den Vorwurf zu großer Jugend gemacht, antwortet, daß er diesen Fehler von Tag zu Tag mehr und mehr ablege. Der Antrag Bruel wird hierauf abgelehnt (dafür stimmte nur das Centrum), ebenso wird der Paragraph 2 der Regierungsvorlage selbst abgeworfen (dafür nur die Konservativen). Paragraph 3 will in den Fällen, in denen bisher auf Amtsentsetzung erkannt wurde, das Erkenntniß auf Verurtheilung zur Unfähigkeit zur Bekleidung des Amtes beschränken. Die fernere Vornahme von Amtshandlungen soll nach wie vor mit Geldstrafe belegt werden. Dr. Bruel beantragt dagegen: die von einem amtsunfähigen Geistlichen vorgenommenen Amtshandlungen sollen zwar ohne rechtliche Wirkung sein, aber straflos bleiben. Windthorst: Der Reichskanzler sei wahrscheinlich zu sehr mit auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt, um genau zu erfahren, was um ihn her vorgehe. Man gefährde den preußischen Staat, wenn man den Kulturkampf nicht beende. Schmidt-Sagan spricht sich für die Vorlage aus und gegen Bruel. Es komme alle Tage vor, daß der Staat etwas nehme, was er nicht gegeben (Heiterkeit). v. Schorlemer-Alst: Schmidt-Sagan habe dem Centrum den neuen Rath gegeben: Unterwerfen Sie sich den Staatsgesetzen. Ja, wie sehen denn die Gesetze aus? Wenn das Gesetz über die diskretionären Gewalten, das hier und unter diesem Regime so, dort und unter jenem Regime anders ausgeführt werden kann, angenommen wird, was ist dann Staatsgesetz? Es sei eine geradezu lächerliche Zumuthung immer zu sagen: Unterwerfen Sie sich dem Staatsgesetz. (Der Präsident rügt diese Aeußerung). Die Conservativen würden nur festen Bestand haben, wenn sie im vorliegenden Falle der Regierung gegenüber Stand hielten; anderenfalls müßten sie wiederum verdutzen. P. Stöcker: Wenn all die Angebote, die gemacht wurden, zurückgewiesen werden, dann fällt die Basis für den Frieden. Cuny habe einen neuen Kulturkampf hervorgerufen, indem er die herrschende Richtung der evangelischen Kirche der Ketzerrichterei beschuldigt; die herrschende Richtung stehe aber vollständig auf dem Boden des kirchlichen Gerichtshofes, der dann also auch ein Ketzergericht sein müßte. Damit habe er den Abg. Cuny festgenagelt. (Oh!) Zu einer persönlichen Bemerkung bemerkt v. Zedlitz Windthorst gegenüber, daß s. Z. einem sehr schlauen Fuchs im preußischen Ministerrathe die Trauben zu sauer waren. (Bewegung.) Dr. Windthorst erklärte: er habe nie den Gedanken gehabt, preuß. Minister zu werden; er habe nie darnach gestrebt, es zu werden; ja wenn ihm, was ihm unmöglich erscheine, die Bahn zum Ministerium geöffnet würde, er würde sie nicht betreten, denn wenn man Minister bei einem König gewesen, dann gehe man nicht zu einem anderen. Hierauf wird § 3 unter Ablehnung des Bruel'schen Antrags angenommen.

Berliner Börse, vom 19. Juni. Auf Notizen der auswärtigen Plätze, die günstig und fest lauteten, eröffnete die heutige Börse in guter Haltung. Die Course zogen auf allen Linien an, doch ließ die Stagnation in Effectivgeschäften eine lebhafte Hausse, wie in den letzten Tagen, nicht Platz greifen. In den Vordergrund traten diesmal russische Effekten. Sämmtliche Kategorien dieser Gattung documentirten große Festigkeit und Coursteigerung. Schluß auf dem Gesammtgebiete fest.

Lokales und Sächsisches.

— Ihre Majestäten werden heute die Sommerresidenz Pillnitz verlassen; der König, um dem Feste der Kriegervereine auf dem Feldschlößchen durch seine Theilnahme Glanz und Weihe zu geben, die Königin, um der Firmelung der Zöglinge des Josephinenstifts beizuwohnen. Stiftungsgemäß übt ein Mitglied des Königshauses die Protektion über das Josephinenstift aus. Heuer wird der hochw. Bischof Bernert gegen 80 Kinder firmeln. Die Hoftafel für Ihre Majestäten findet in der Kgl. Villa zu Strehlen statt.

— Zu ordentlichen Professoren an der Universität Leipzig sind ernannt worden: Dr. Paul Wälker (engl. Sprache und Literatur), Dr. Wilhelm Knop und Dr. Adolf Stohmann (Philosophie). — Die Regierungsräthe im Ministerium des Innern, Oswald Lehmann und Oskar Martens, sind zu Geh. Regierungsräthen ernannt.

— Der Einnehmer Gottheli Salomon am Kreuz bei Hartha hat das allgemeine Ehrenzeichen erhalten.

— Durch die königl. preußische Gesandtschaft hier gelangte gestern an das Fahnen-Festkomité des deutschen Kriegervereins ein Glückwunschschreiben Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm zu der heute stattfindenden Feierlichkeit.

— Sofort bei seinem Erscheinen auf der Unglücksstätte in der Oberlausitz hat unser König für die Calamitosen die Summe von 1000 M. spenden lassen. Dieselben wurden an 167 Familien mit gegen 700 Köpfen vertheilt. Die rasche Hilfe des Landesvaters und sein sofortiges Erscheinen auf der Stätte der Verwüstung hat nicht verfehlt, auf die schwer Heimgesuchten aufrichtend und tröstend zu wirken. Außer jener augenblicklichen Hilfe hat Se. Maj. der König noch weitere 3000 M., J. Maj. die Königin aber noch 2000 M. dem Hilfscomitee zustellen lassen.

— Die Wolkenbrüche in der Oberlausitz. Die zur Hilfe an die Unglücksstätten kommandirten militärischen Mannschaften leisten, wie uns geschrieben wird, das Außerordentlichste und selbst an den Stellen, wo das verheerende Element die Güter der Menschen chaotisch zusammengeworfen hat, wird durch umsichtige Leitung und treffliche Disciplin schnell Ordnung — soweit zunächst davon die Rede sein kann — geschaffen. Die Kommunikation ist bereits überall, wenn auch hier und da nur erst interimistisch, wieder hergestellt. Mit thränendem Auge und stiller Resignation begrüßten die Kalamitosen die Helfer in der schweren Noth. Dreiundsechzig Todte sind zu beklagen und eine Person wird noch vermißt. — Es starben in Cunnersdorf a. d. E.: Carl August Standke, Gartenbesitzer, alt etwa 60 Jahre; Carl Traugott Gleisenberg, Tagarbeiter, 60 J.; dessen Ehefrau, 60 J.; Tagarbeiters-Ehefr. Schulze geb. Wünsche, 40 J.; deren Enkelkind; Ehefrau Fischer, 30 J.; Schönborn's Ehefrau, 50 J.; Hauptmann, Hausbes. und Weber, 60 J.; Frau Rothmann, 50 J.; Schmied Schneider, 40 J.; Tischlersehefrau Lorenz; deren Tochter Lorenz; in Bernstadt: Tuchmacher August Neitsch, 60 Jahre; Handschuhfabrikant Günther; Ernst Bohmer, Schulknabe, 11 J.; Ernst Schenke, Schulknabe, 10 J.; Gust. Schenke, Schulknabe, 8 J.; Anna Schenke, 3 J.; Kordmacherfrau Schenke, 30 J.; Ziegeltecker Malk's Kind, 10 Wochen; Tagarbeiter Kottwitz' Kind, 9 Wochen; Tuchmacher Eichler's Tochter, 40 J. (epileptisch krank); in Altbernsdorf: Tagarbeiter Fiedler, 60 J.; dessen Ehefrau, 60 Jahre alt. Von den vielen einzelnen tieferschütternden Szenen sei Folgendes erwähnt: In einer Parterrestube in Cunnersdorf saß eine Frau mit 5 Kindern, von denen das älteste 11 Jahre, das jüngste 10 Wochen zählte. Da strömte das Wasser in die Stube; aus derselben herauszukommen war nicht mehr möglich — angstvoll klammerten sich daher die Kleinen — von denen das kleinste Kind in der Schürze der Mutter lag — an die Letztere an. Das Wasser steigt rapid in der Stube. Die zum Tod erschrockene Mutter steigt mit den Kindern, die sich um ihren Hals hängen, erst auf einen Stuhl, dann auf das Fensterbret; einen höheren Standort giebt es nicht und doch steigt das Wasser unablässig. Es wird dunkel in der Stube, denn die Fensteröffnungen sind überflutet; die Verzweiflung der Mutter steigt